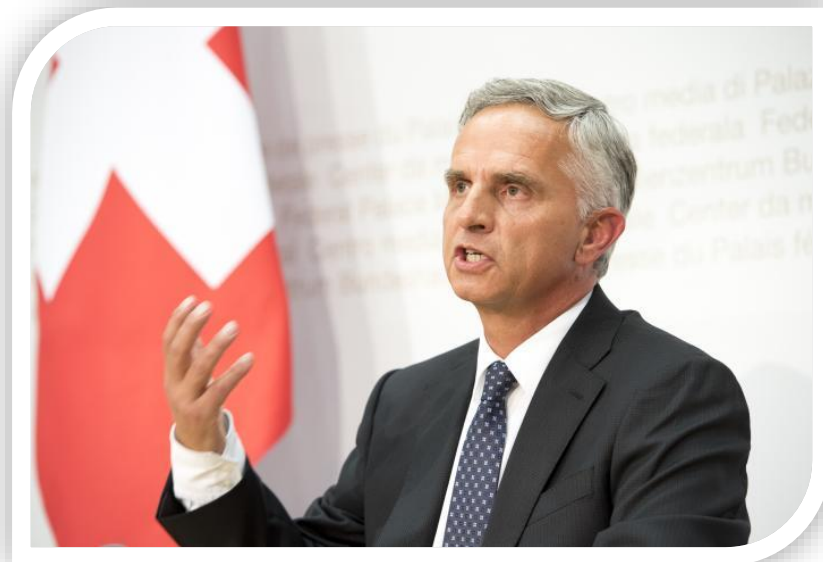




## Bundeshaus persönlich



Die gestern zu Ende gegangene Sommersession war unspektakulär und arm an Höhepunkten. Der Ständerat konnte sogar zwei Sitzungstage ausfallen lassen und somit einen echten Sparbeitrag für die Bundeskasse leisten. Am Mittwoch, 13. Juni 2017, änderte sich um 15.30 Uhr jedoch alles schlagartig. Vorbei war es mit der Ruhe! Nationalratspräsident Jürg Stahl las das Rücktrittsschreiben von Bundesrat Didier Burkhalter vor. Unser Aussenminister überraschte damit alle, auch seine engsten Parteifreunde und sogar die Medien, welche einen solchen Schritt eher von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann erwartet hatten.



*Didier Burkhalter sprach am Mittwoch vor den Medien in Bern. «Es war eine Entscheidung des Herzens.»*

*(Bild: Anthony Anex, Keystone)*

Burkhalters Auftritt an der Medienkonferenz war eindrücklich. Mich persönlich haben seine ehrlichen Äusserungen betroffen gemacht. Er brachte unmissverständlich zum Ausdruck, dass jetzt die Zeit für ein Leben nach dem Bundesrat gekommen sei. Gleichzeitig hielt er aber fest, dass er sich bis zum 31. Oktober 2017 noch voll für seine Geschäfte und unser Land einsetzen werde.

Ich habe Didier Burkhalter nun fast sechs Jahre erlebt, vier Jahre auch in der ausserpolitischen Kommission. Er verdient den herzlichsten Dank für seinen unermüdlichen Einsatz im Dienst unseres Landes. Er beendet seine Karriere nach gut

30 Jahren politischem Engagement. Nach seiner Wahl in den Bundesrat 2009 war er Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern, seit 2012 amtiert er als Aussenminister.

Für mich ist Bundesrat Didier Burkhalter ein wahrer Staatsmann. Er zeichnet sich durch hohe politische Intelligenz und Kompetenz aus und lebte wie kein anderer die politischen Institutionen unseres Landes vor. Er verteidigte immer die Interessen der Allgemeinheit gegen Partikulärinteressen und setzte sich für die Werte der Schweiz ein, auch wenn er damit zuweilen auf Widerstand stiess.

Markus Somm, Chefredaktor  
Basler Zeitung:

*In den rauer werdenden Zeiten von Trump wirkt Didier Burkhalter wie ein Mensch aus einer anderen Epoche: höflich, fein, intelligent und sensibel, ohne Frage integer, nie zu laut, vielleicht ab und an etwas zu leise, in der Regel gut gestimmt, aber nie euphorisch.....*



Petra Gössi, Präsidentin FDP. Die Liberalen, sagte folgendes: «Didier Burkhalter setzte sich mit ganzer Kraft für das Gemeinwohl ein. Er richtete sein Handeln stets nach der Maxime aus, für die Schweiz die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Insbesondere mit Blick auf das Verhältnis unseres Landes zu unseren Nachbarn setzte sich Didier Burkhalter an vorderster Front für eine lösungsorientierte Politik ein.»

Auch Markus Somm, Chefredaktor der Basler Zeitung, in der Regel für bissige Kommentare bekannt, würdigt den zurücktretenden Bundesrat (siehe Zitat).

Unbestritten ist von allen Seiten, dass er als Bundespräsident und Vorsitzender der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 2014 die politische Agenda prägte. Vor allem

Ständerat Joachim Eder

seine Vermittlung im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine fand international Beachtung, und er erwarb sich grossen Respekt im In- und Ausland.

Dies ist wohl auch der Hauptgrund, warum er 2014 als Bundespräsident «Schweizer des Jahres 2014» wurde.

Das Schweizer TV-Publikum wählte ihn bekanntlich in der Fernsehshow «Swiss Award

2014» mit einem äusserst eindrucksvollen Ergebnis: Er erhielt 46,43 Prozent aller Stimmen. Der Preis bedeute ihm viel, sagte Burkhalter in seiner Dankesrede. Danken wolle er allen Menschen, die sich engagieren und auch seiner Frau, die «wundervoll, wie immer ist».



Die traditionelle Einladung unserer beiden Bundesräte am Donnerstagabend der letzten Sessionswoche, diesmal auf dem Landgut Lohn in der Berner Gemeinde Kehrsatz, war unter den gegebenen Umständen natürlich ein spezielles Erlebnis. Bundesrat Didier Burkhalter

hielt eine viel beachtete Ansprache, die man durchaus auch als sein politisches Vermächtnis bezeichnen kann. Jedenfalls dankten wir ihm und seiner Gemahlin Friedrun mit verdienten Standing Ovations!

Während wir auf die beeindruckende politische Karriere von BR Burkhalter zurückblicken, beginnt sich gleichzeitig bereits das Kandidatenkarussell für seine Nachfolge zu drehen. Es ist davon auszugehen, dass die Medien in den nächsten Wochen immer wieder neue Schlagzeilen liefern werden. Tatsache ist und bleibt, dass die Bundesratswahl am 20. September 2017 stattfinden wird.

## Das Tagebuch der ersten Sessionswoche

Um Ihnen einen Einblick in den Ablauf einer Berner Woche zu geben, führte ich in der ersten Sessionswoche ein Tagebuch. Hier ein Einblick in meine Notizen:



Der politische Schwerpunkt der ersten Sessionswoche war im Ständerat ganz eindeutig die Reform der Ergänzungsleistungen.

Zu reden gaben noch die Staatsrechnung 2016, die Nachtragskredite (insbesondere die Hochseeschiffsbürgschaften) und das Geld-

spielgesetz. Speziell umstritten war al-

lerdings kein Geschäft. Effizient gearbeitet wurde in der kleinen Kammer auch: so konnte der Donnerstag als Arbeitstag gestrichen werden. Damit betrug der ständerätliche Sparbeitrag an nicht ausbezahlten Tag- und Spesengeldern 33'580 Franken. Immerhin.

**Montag, 29.5.:** Nach der comparis-Beiratssitzung, wo es u.a. um die Revision des Datenschutzgesetzes und die Arbeitszeiterfassung ging, besprachen wir in der partiinternen Gruppensitzung alle bevorstehenden Sessionsgeschäfte. Unser Vorsitzender Thomas Hefti führt wie immer souverän durch die Traktanden. Er versteht es ausgezeichnet, allfällige unterschiedliche Auffassungen zu einem guten Entscheid zu bringen. Der Glarner Ständerat wird als Chef von allen sehr geschätzt.

Anschliessend entschieden wir im Plenum beim Geldspielgesetz, dass Lottomillionäre ihren Gewinn weiterhin versteuern müssen.

Abends referierte der Österreicher Klaus Schierhackl an der Verbands-GV der Schweizerischen Cementindustrie über Fragen der Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit der Nationalstrassen, eine auch für unser Land höchst aktuelle Thematik.

**Dienstag, 30.5.:** Zu Beginn stärkte ich mich beim traditionellen Pfadifrühstück und stellte als Co-Präsident der parlamentarischen Gruppe Pfadi mit Freude fest, dass diese wichtige Jugendorganisation keine Nachwuchssorgen hat.

Nachher stand das Geld im Mittelpunkt: Bei der Staatsrechnung 2016 des Bundes resultierte (bei Einnahmen von 67,013 Mia. und Ausgaben von 66,261 Mia. Franken) ein Überschuss von 750 Mio. Franken. Nach Finanzminister Ueli Maurer sind die mittleren Zukunftsaussichten gedämpft, aber nicht unlösbar. Aufatmen konnte der Tourismus: Hotels sollen weiterhin weniger Mehrwertsteuer bezahlen als andere Betriebe. Wir beschlossen, den Sondersatz von 3,8 Prozent um weitere zehn Jahre bis 2027 zu verlängern.

Abends war ich als Präsident der Delegation unseres Parlaments zum Deutschen Bundestag Gast am 36. Ber(li)ner Salon. SRF-Korrespondent Adrian Arnold referierte zum Thema «Deutschland vor den Wahlen» und stellte gleichzeitig sein soeben erschienenes Buch «Deutschland – der ängstliche Riese» vor. Arnolds Zitate und Äusserungen lösten einige Diskussionen aus. Für mich ist klar: Ich werde sein Buch mit Interesse lesen.



**Mittwoch, 31.5.:** Heute machte der Ständerat einen Schritt, um das rasche Kostenwachstum bei den Ergänzungsleistungen (EL) zu bremsen. Für die Krankenkasse soll künftig ein tieferer Pauschalbetrag ausgerichtet werden. Vermögen und Einkommen werden bei der Berechnung des EL-Anspruchs stärker berücksichtigt. Auch der Kapitalbezug von Pensionskassenguthaben wird eingeschränkt. Dafür werden bei bedürftigen Rentnern die anrechenbaren Mietzinse erhöht.

Ständeratspräsident Ivo Bischofberger begrüßte den spanischen Senatspräsidenten Pío García-Escudero Márquez, der auf der Tribüne unsere Geschäfte mitverfolgte. Sicher verstand er weniger als die Oberägerer Gäste: Sowohl Bürgerrat als auch Gemeinderat besuchten uns nämlich und nutzten die Gelegenheit, mit den Zuger Parlamentariern zu diskutieren.



Abends singe ich zusammen mit 12 Mitgliedern des National- und Ständerates diverse Volkslieder, und zwar vier-sprachig. NR Martin Naef und SR Andrea Caroni begleiten uns abwechselnd am Klavier.

Ein solcher Liederabend findet einmal pro Jahr statt, ich bin froh, mitgemacht zu haben, und zwar zum ersten Mal! Denn Singen befreit, auch wenn man dies nicht zwingend nötig hat...

**Donnerstag, 1.6.:** Der frühere Appenzeller Landammann und Ständerat Carlo Schmid informiert frühmorgens als Präsident der Eidgenössischen Elektrizitätskommission ElCom unter dem Titel «Versorgungssicherheit in Zeiten des energiepolitischen Umbruchs.» Ein überzeugender Auftritt des immer noch sehr vitalen ehemaligen Vollblutpolitikers.

Zu Hause kämpfe ich mich durch die Post und geniesse anschliessend im Unterägerer Birkenwäldli den erfrischenden Ägerisee. Kein Wunder, spricht man heute noch vom Kur- und Erholungstal!

### **Fraktionsausflug mit Besuchen von eindrücklichen Unternehmen**

Nicht heisse Luft, sondern «mega cool», um die Worte von BR Schneider-Ammann aus seiner Rede zu entlehnen, war der Fraktionsausflug der FDP am Mittwoch der zweiten Sessionswoche. Wir waren auf Achse im Kanton Bern. Zuerst besuchten wir die Firma Blaser Swisslube, welche, nebst ihrem Engagement für Heissluftballone, Kühl- und Schmiermittel für Maschinen produziert. Danach ging die Reise zur Firma Studer in Steffisburg, die Schleifmaschinen in Spitzenqualität herstellt.

Den Tag liessen wir beim Nachtessen im ehemaligen Badehotel Rohrimoosbad in Heimenschwand ausklingen. Der feine Erdbeerkuchen wird vielen, sicher auch unserer Zuger FDP-Geschäftsstellenleiterin Birgitt Siegrist, in Erinnerung bleiben.

## **Privatsphärenschutz-Initiative**

Anders als der Nationalrat stellt sich der Ständerat gegen die Bankgeheimnisinitiative. Wir empfehlen das Volksbegehren «Ja zum Schutz der Privatsphäre» zur Ablehnung - und wollen auch nichts von einem Gegenvorschlag wissen. Sowohl die Initiative als auch der vom Nationalrat beschlossene direkte Gegenentwurf wollen das Bankgeheimnis in der Verfassung verankern. Damit soll sichergestellt werden, dass das Bankkündengeheimnis im Inland auch in Zukunft nicht aufgeweicht wird.

Die Initiative erhielt bei uns im Ständerat keine Unterstützung. Auf relativ grosse Zustimmung stiess aber der vom Nationalrat bevorzugte Gegenvorschlag. Mit diesem soll der Status quo, wie er heute im Gesetz geregelt ist, in der Verfassung festgeschrieben werden. Die Unterstützer des Gegenvorschlags, zu denen auch ich gehörte, äusserten grosse Zweifel daran, dass das Bankgeheimnis im Inland mit der heutigen Gesetzgebung genügend geschützt ist. Bei der aufs Eis gelegten Revision des Steuerstrafrechts etwa sei die Aufweichung des Bankgeheimnisses im Inland durchaus zur Diskussion gestanden. Es gehe bei der Privatsphäre nicht darum, etwas Verbotenes zu schützen, sagte beispielsweise Karin Keller-Sutter (FDP/SG), sondern darum, dass die Menschen selber entscheiden könnten, wem sie welche Informationen geben wollten.

Die kleine Kammer empfahl die Volksinitiative ohne Gegenstimme zur Ablehnung. Der Gegenvorschlag wurde mit 25 zu 19 Stimmen abgelehnt. Beide Vorlagen gehen nun zurück an den Nationalrat.

## **Bundespräsidentin ärgert sich über «Post-Bashing»**

In beiden Räten regte sich in letzter Zeit der Unmut über den Abbau des Poststellennetzes. Deshalb wurden während der Session in beiden Kammern mehrere Vorstösse behandelt, die den Bundesrat beauftragen wollen, mit klaren Vorgaben das Angebot der Post in den verschiedenen Regionen zu verbessern.

Tatsache ist folgende: die Post gab bisher die Pläne für 20 Kantone bekannt. Dabei stehen über 350 Poststellen auf dem Spiel. Hier die Liste:

**Aargau:** 32 Poststellen gefährdet, 45 garantiert bis 2020.  
**Appenzell Ausserrhoden:** Vier Poststellen droht die Schliessung, fünf sind bis 2020 garantiert.  
**Basel-Landschaft:** 11 Poststellen sind bis mindestens 2020 garantiert, drei droht die Schliessung.  
**Basel-Stadt:** Drei Poststellen droht die Schliessung, elf sind garantiert.  
**Bern:** 76 Poststellen sind gefährdet, 92 sind bis 2020 garantiert.  
**Glarus:** Drei Poststellen sind gefährdet, fünf sind garantiert.  
**Graubünden:** 24 sind gefährdet, 32 Poststellen sind garantiert.  
**Jura:** 16 Poststellen sind gefährdet, 16 sind bis 2020 garantiert.  
**Luzern:** 16 Poststellen gefährdet, 31 sind garantiert bis 2020.  
**Neuenburg:** 14 sind gefährdet, 25 erhalten eine Garantie bis 2020.  
**Nidwalden:** Gefährdet sind zwei Poststellen, vier sind garantiert.  
**Obwalden:** Vier Poststellen sind bis 2020 garantiert, zwei droht die Schliessung.  
**Schaffhausen:** Sechs Poststellen sind garantiert bis 2020, vier droht die Schliessung.  
**Schwyz:** Zehn Poststellen sind gefährdet, 13 sind garantiert bis 2020.  
**Solothurn:** 21 Poststellen sind nicht mehr garantiert, 23 sind bis 2020 garantiert.  
**Tessin:** 48 Poststellen sind gefährdet, 61 sind garantiert bis 2020.  
**Uri:** Drei Poststellen droht die Schliessung, drei sind garantiert bis 2020.  
**Waadt:** 49 Poststellen sind nicht mehr garantiert, 78 sind bis 2020 garantiert.  
**Zug:** Drei Poststellen sind gefährdet, acht sind garantiert bis 2020.  
**Zürich:** 26 sind gefährdet, 104 sind vorläufig gesichert.



Das Parlament verlangt nun von der Post, dass sie die Bedürfnisse der unterschiedlichen Nutzergruppen besser berücksichtigt.

So hat am zweitletzten Sessio-  
nstag nach dem Nationalrat  
auch der Ständerat zwei gleich-

lautenden Motionen zugestimmt, die

verlangen, dass die Post in allen ganzjährig bewohnten Siedlungen zugestellt wird. Heute kann die Post auf eine Zustellung verzichten, wenn eine Siedlung aus weniger als fünf Häusern auf einer Hektare besteht oder wenn der Weg zu einem Haus länger als zwei Minuten dauert. Stattdessen kann die Post die Sendungen beispielsweise in einem Postfach hinterlegen.

Das Parlament will das nun rückgängig machen. Der Staat müsse für qualitativ hochwertige Leistungen im ganzen Land sorgen, hatte Motionär Raymond Clottu (SVP/NE) im Nationalrat gesagt. Inzwischen seien schon über tausend Haushalte von der Zustellung abgeschnitten. Einsparungen der Post müssten immer im Verhältnis zu den damit einhergehenden Auswirkungen stehen, sagte Ständerat Olivier François (FDP/VD) im Namen der Kommissionsmehrheit. Das Unternehmen solle deshalb bei der Umgestaltung seiner Dienstleistungen sorgfältig und behutsam vorgehen. Der Bundesrat muss nun die Postverordnung so ändern, dass die



im Postgesetz vorgesehenen Ausnahmen nicht mehr dazu führen, dass die Einwohner von ganzjährig bewohnten Siedlungen von jeglicher Zustellung ausgeschlossen werden. Er tut dies gegen seinen Willen.

Das Volumen der Poststellen sinke jedes Jahr, sagte Postministerin Doris Leuthard. Die Post müsse die Möglichkeit haben, darauf zu reagieren. Eine Möglichkeit sei, unverhältnismässig lange Wegzeiten zu vermeiden. Post-Bashing sei derzeit in Mode, sagte Leuthard mit Bedauern. Dabei erfülle das bundesnahe Unternehmen alle gesetzlichen Aufträge. «Wenn sie mehr wollen, dann hat das ein Preisticket.»

### **Meine Interpellationen gaben zu reden**

Ein Beirat unterstützt die Bundesverwaltung im Umgang mit dem Risiko von Cyber-Attacken. Verteidigungsminister Guy Parmelin erteilte am Mittwoch der letzten Sessionswoche im Ständerat Auskunft zu diesem Gremium. Traktandiert war meine Interpellation 17.3103 (Herausforderungen im Cyberbereich. Wie weiter in unserem Land?). Ich äusserte mich besorgt, dass die Schweiz nicht genügend gegen Cyber-Attacken gewappnet ist. Zudem wollte ich wissen, was es mit dem Cyber-Defence-Beirat auf sich hat, der offenbar vor kurzem unter dem Präsidium von Adolf Dörig ins Leben gerufen wurde. Ich fragte, was dessen Mandat sei und warum das Verteidigungsdepartement die Öffentlichkeit nicht informiert habe.

Die Ereignisse bezüglich Beiräten überstürzten sich, sagte ich. Ebenfalls vor kurzem hätten nämlich Bundespräsidentin Doris Leuthard und Bundesrat Johann Schneider-Ammann den Beirat zur Digitalen Transformation eingesetzt. Dort gehe es auch um Cyber Security. Dass zwei Beiräte von drei Departementen mit teilweise gleichen Mitgliedern sich zum gleichen Thema austauschten, erscheine nicht sinnvoll.



Nach der Beratung reichten Josef Dittli (FDP/UR) und ich je eine Motion zur Cyber-Verteidigung ein. Während der Vorstoss von Dittli ein aus Berufs- und Milizsoldaten

bestehendes militärisches Cyberkommando fordert, verlange ich mit meiner von 21 Ständeratsmitgliedern aus allen Bundesratsparteien unterzeichneten Motion ein Cyber-Kompetenzzentrum für den zivilen Bereich (siehe [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch) – 17.3508 Schaffung eines Cyber Security Kompetenzzentrums auf Stufe Bund).

### **Dominanz des Englischen in der Wissenschaft**

Ebenfalls einiges zu diskutieren gab in der letzten Sessionswoche auch der zweite Vorstoss von mir: er handelte von der Dominanz des Englischen in der Wissenschaft (siehe amtliches Bulletin unter [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch) - 17.3161). Ich wollte vom Bundesrat wissen, warum in diesem Bereich die Landessprachen vernachlässigt werden. Zudem kritisierte ich in meiner Interpellation, dass Gesuche an den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) nur in englischer Sprache akzeptiert würden und sich manche von Bundesämtern eingesetzte Arbeitsgruppen auf Englisch statt in den Landessprachen austauschten.



Es entstehe der Eindruck, der SNF hintertreibe die Sprachenpolitik des Bundes, sagte ich in der interessanten Debatte. Es sei nicht einzusehen, wie ein Experte ein Forschungsprojekt zur Schweizer Geschichte oder Verfassung kompetent begutachten könne, wenn er keine Landessprache beherrsche.

Wer in einer Fremdsprache formulieren müsse, verliere zudem einen Teil seiner intellektuellen Kompetenz, führte ich in meinem Votum noch aus. Daher könne es nicht im Interesse der Schweiz sein, die Landessprachen zu marginalisieren. «Wir diskriminieren damit unsere Schweizer Wissenschaftler.»

Auch Didier Berberat (SP/NE) sprach von einem «beunruhigenden» Problem. Symptomatisch dafür sei, dass Verhandlungen zwischen der Schweiz und Italien

zum Doppelbesteuerungsabkommen in Englisch stattgefunden hätten - der Sprache eines Landes, das die EU verlasse. Und das, obwohl Italienisch in der Schweiz eine Landessprache sei. Thomas Hefti (FDP/GL) wies auf die Diskussionen über den Sprachunterricht in der Schule hin. Der Bund pochte darauf, dass vor dem Englischen eine zweite Landessprache unterrichtet werden müsse. Mit dem SNF aber könne man nicht in einer Landessprache verkehren. «Das darf doch einfach nicht sein», befand Hefti. Es genüge nicht, die Landessprachen einfach im Lehrplan abzuhandeln. Entscheidend sei, dass sie im Alltag gepflegt würden. Der Bund müsse das dort tun, wo er Einfluss ausüben könne.

Bildungsminister Johann Schneider-Ammann nahm den Nationalfonds in Schutz. Dieser müsse hochgradig kompetitiv funktionieren können. Die Wissenschaftssprache dazu sei Englisch. Daran könne man nicht schrauben, sagte Schneider-Ammann. «Alles andere ist ein 'effort quotidien de nous tous'.»

### **Bundesrat setzt klares Zeichen für die Komplementärmedizin**

Am Ende der Sommersession fällte der Bundesrat gestern für all jene, welche die Komplementärmedizin unterstützen, noch einen erfreulichen Entscheid: Ärztliche Leistungen der Komplementärmedizin werden definitiv von der Grundversicherung vergütet. Damit wird eine der zentralen Forderungen der Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 umgesetzt. Die Landesregierung anerkennt damit auch, dass Komplementärmedizin die gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich Wirksamkeit, Gewährleistung hoher Qualität und Sicherheit erfüllt.

Anthroposophische Medizin, klassische Homöopathie, Traditionelle Chinesische Medizin und Phytotherapie werden demzufolge ab 1. August 2017 definitiv von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Grundversicherung) übernommen. Voraussetzung ist, dass die Methoden von einer Arztperson praktiziert werden, die in einer der vier Methoden einen FMH-anerkannten Fähigkeitsausweis erworben hat. Mit dem Verfassungsartikel 118a ist die Kernforderung verbunden, dass alle Menschen über die Grundversicherung Zugang zu ärztlichen Leistungen der Komplementärmedizin erhalten.



Diese Kernforderung ist nun erfüllt. Als Co-Präsident der Parlamentarischen Gruppe Komplementärmedizin freut es mich natürlich, dass der Bundesrat mit seiner Entscheidung einen jahrelangen Disput endgültig beigelegt hat, und zwar so, wie es eine grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung vor acht Jahren wollte.

### **Parlamentarier im Rentenalter**

Seit Ende November gehöre ich zu einer Gruppe von 2.3 Mio. Personen in unserem Land. Richtig! Ich bin Rentner. Im Zusammenhang mit der Altersreform 2020 war dies dem Schweizer Fernsehen immerhin ein Beitrag wert (siehe Bild mit NR Susanne Leutenegger Oberholzer).



Die Journalisten gingen allerdings davon aus, dass ich als alt Regierungsrat ein fürstliches Ruhetagegeld bis ans Lebensende genieße und sich daraus eine süffige Geschichte machen liesse. Weit gefehlt! Ich habe, was auch richtig ist, eine normale Pensionskassen-Regelung, und zwar wie alle anderen Mitarbeitenden unseres Kantons.

Also keinen goldenen Fallschirm, wie dies viele Kantone, insbesondere auch NFA-Nehmer, kennen.

### **Auf Augenhöhe mit Ministerpräsident Kretschmann**

Vor der Session reiste die von mir angeführte Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag (Del-D) für einen Arbeitsbesuch nach Baden-Württemberg. Auf dem Programm standen ein Treffen mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Verkehrsminister Winfried Hermann. Weiter fand ein Austausch mit der Präsidentin des Landtags Baden-Württemberg, Muhterem Aras, sowie Mitgliedern des Ausschusses für Europa und Internationales des Landtags statt.



*Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann begrüsst am 5.4.2017 SR Joachim Eder, den Präsidenten der Del-D im Neuen Schloss Stuttgart. Quelle Staatsministerium Baden-Württemberg*

Die Mitglieder der Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag hatten zu Beginn des Aufenthalts die Möglichkeit, sich mit dem Ausschuss für Europa und Internationales des Landtags Baden-Württemberg über Migrationsthemen, das Verhältnis der Schweiz zur EU und verschiedene grenznachbarschaftliche Themen auszutauschen.

Beim Gespräch mit dem Minister für Verkehr des Landes Baden-Württemberg, Winfried Hermann, stand die verkehrspolitische Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Deutschland im Vordergrund. Minister Hermann versicherte den Schweizer Gesprächspartnern, dass in Baden-Württemberg fraktionsübergreifend Einigkeit herrsche, dass der zeitnahe Ausbau der Strecke Zürich-Singen-Stuttgart vordringliche Priorität habe. Dabei werde eine Reisezeitreduktion mit idealen Anschlussverbindungen im Gesamtnetz angestrebt. Für den Ausbau der NEAT-Hauptzulaufstrecke Karlsruhe-Basel, der aufgrund zahlreicher Einsprachen verzögert wurde, habe der Deutsche Bundestag Ende Januar 2016 zusätzliche Gelder für den

Lärmschutz und die Umfahrungsstrecken der Rheintalbahn (Karlsruhe–Basel) gesprochen. So sei man dem verkehrspolitischen Ziel der Verlagerung des Güterverkehrs einen Schritt näher gekommen. Zum Thema An- und Abflüge des Flughafens Zürich durch deutschen Luftraum betonte die Schweizer Delegation die Bedeutung des Flughafens Zürich für deutsche Fluggesellschaften, als Arbeitgeber für zahlreiche deutsche Grenzgänger und als wichtigste Luftfahrt-Infrastruktur in der Region. Es sei daher nicht nur für die Schweiz, sondern auch für Deutschland von grossem Interesse, für verlässliche Rahmenbedingungen und für einen sicheren Betrieb dieser Anlage zu sorgen.

Auch beim Arbeitsessen mit dem Ministerpräsidenten, der Landtagspräsidentin und dem Staatsminister des Landes Baden-Württemberg kam das Thema Flugverkehrsbelastung zur Sprache. Die baden-württembergischen Gesprächspartner informierten über die soeben im Landtag stattgefundenene Debatte zur Fluglärmbelastung in Südbaden. Die Landesregierung habe dabei betont, dass sie gemeinsam mit dem Bund und der Region eine einvernehmliche Lösung mit der Schweiz anstrebe. Wir unterstrichen unsererseits erneut die Forderung nach Rechtssicherheit und appellierten an die Dialogbereitschaft der baden-württembergischen sowie der deutschen Bundesregierung. Ein Rundgang durch den Landtag Baden-Württemberg und der Besuch der Landtagsdebatte rundeten den Aufenthalt der Del-D in Stuttgart ab.



*Die Schweizer Delegation im Gespräch mit Ministerpräsident Kretschmann, Landtagspräsidentin Aras und Staatsminister Murawski.*

## 70 – 90 Einladungen pro Session

Sie machen sich kaum Vorstellungen, wie viele Einladungen für Veranstaltungen wir pro Session erhalten. Es sind zwischen 70 – 90, und dies für 13 Sessionstage! Es beginnt mit Frühstücksanlässen, Mittags-Informationslunchs und Abendessen. Kunststück, dass bei einer so grossen Konkurrenz viele dieser Veranstaltungen nur ganz schwach besucht sind oder gar abgesagt werden müssen. Eine Unsitte, die in letzter Zeit immer grösser wird: Viele laden uns mehrmals ein, machen mit Mails in letzter Minute nochmals auf ihren Anlass aufmerksam, in der Regel via teuer bezahlte Agenturen. Kürzlich schrieb ich der einladenden Zurich Greater Area folgendes: «Bei allem Verständnis für Ihre Werbeaktivitäten – ich habe Ihre Einladung nun schon zum vierten Mal erhalten. Da ich eine andere Verpflichtung habe, kann ich nicht teilnehmen. Ich bitte Sie um Kenntnisnahme. Abmelden kann man sich bei Ihrer Registrationsadministration ja nicht.» Worauf ich prompt eine Antwort erhielt: «Besten Dank für Ihre Rückmeldung und bitte entschuldigen Sie, wenn wir unsere Aktivität vom Mittwoch zu häufig bewerben. Danke für Ihr Verständnis, dass wir mit besten Absichten über das Ziel hinaus schiessen.» No comment!

Unmöglich war eine Einladung des Swiss Russian Forum während der Sommersession nach Petersburg (!). Da erhielt ich doch von Béatrice G. Lombard-Martin, Co-Präsidentin, Delegierte des Stiftungsrates, allen Ernstes folgendes Schreiben: «Liebe Parlamentarierinnen, liebe Parlamentarier - Die Tradition, hochkarätige Gäste einzuladen, wollen wir auch mit unserer nächsten Veranstaltung fortführen! Unser nächstes Matrioschka Gespräch findet am 6. Juni 2017 in St. Petersburg statt, und wir freuen uns, Ihnen

**МАТРЕШКА ДИАЛОГ**  
РАСКРЫТИЕ СУТИ ВЕЩЕЙ

Swiss Russian Forum  
www.srforum.ch

**6 ИЮНЯ 2017, 14:30**

**РОССИЯ, ГЕРМАНИЯ, ЕВРОПА – ПАРТНЁРЫ ИЛИ КОНКУРЕНТЫ?**

Европа находится в кризисе, выход из которого только предстоит найти. Дадут ли прошедшие выборы во Франции и предстоящие выборы в Германии ответ на этот вызов? Какова здесь может быть роль России?

Грегор Гизи, один из самых известных политиков Германии, председатель "Партии европейских левых", обсудит с журналистом швейцарского еженедельника "Weltwoche" Вольфгангом Койдлем горючие отношения между Германией, Европой и Западом с Москвой. Гизи даст прогноз относительно выборов в Германии и их возможного влияния на немецко-российские отношения.

**ГРЕГОР ГИЗИ:** НЕМЕЦКОЙ ПОЛИТИЧЕСКИЙ ДЕЯТЕЛЬ, ДЕПУТАТ БУНДЕСТАГА, ПРЕДСЕДАТЕЛЬ «ЕВРОПЕЙСКОЙ ПАРТИИ ЛЕВЫХ, ЮРИСТ

**ВЕДУЩИЙ:** ВОЛЬФГАНГ КОЙДЛ, АВТОР, РЕДАКТОР ШВЕЙЦАРСКОГО ЖУРНАЛА "WELTWOCHEN"

**МЕСТО:** Г. САНКТ-ПЕТЕРБУРГ, Институт Адвокатуры, ул. Казанская, д.7

**ЯЗЫК:** НЕМЕЦКОЙ, СИНХРОНИЙ ПЕРЕВОД НА РУССКОЙ

ИНСТИТУТ АДВОКАТУРЫ

DIE WELTWOCHEN

Ständerat Joachim Eder

unseren prominenten Gast anzukündigen: Gregor Gysi, Fraktionschef der Linkspartei im Deutschen Bundestag. Der scharfzüngige Deutsche Politiker (mit Schweizer Wurzeln) verspricht eine spannende und anregende Veranstaltung zugleich! Gerne unterstützen wir Sie in der Beschaffung eines Russlandvisums oder in Ihren kurzfristigen Reisevorbereitungen. Wir würden uns freuen!»

Natürlich interessierte mich noch, was das Swiss Russian Forum bezweckt. Meine Nachforschungen ergaben folgendes: «Als Stiftung fördert das SRF den Wissenstransfer zwischen der Schweiz, Liechtenstein und der Russischen Föderation auf Gebieten von gegenseitigem Interesse. Als Wirtschaftsorganisation setzt sich das SRF ein für ein nachhaltiges, sozial verträgliches Wachstum zugunsten gesunder Volkswirtschaften!» Alles klar!?

### **Und bis zu 100 Mails pro Tag...**

Noch zahlreicher als die Einladungen sind die täglichen Mailzuschriften. Da ich ja als Ständerat nicht nur Vertreter des Kantons Zug bin, sondern mit meiner Stimmabgabe in vielen Bereichen auch die Zukunft unseres Landes mitentscheide, erhalte ich rund um die Uhr gutgemeinte Ratschläge und Empfehlungen aus dem ganzen Land, in der Regel noch mit Dokumenten angereichert. Selbstverständlich wird auch mein Abstimmungsverhalten kommentiert, da dieses ja in jeder Beziehung transparent ist. Pro Tag erhalte ich im Durchschnitt zwischen 80 – 100 Mails.

In der Regel verstehe ich, was man von mir will. Eine Zuschrift, die ich allerdings nicht entziffern konnte, war untenstehende. Vielleicht kann mir jemand weiterhelfen?

Kasia Maluga [malugensis@wp.pl](mailto:malugensis@wp.pl)

Dotyczy: ostrzejszego bezpieczeństwa narodowego i międzynarodowego terroryzmu

*Dotyczy: ostrzejszego bezpieczeństwa narodowego i międzynarodowego terroryzmu Szanowni Państwo, Przeczytaj uważnie poniższe powiadomienie, ponieważ wymaga to działań ze strony użytkownika Mają konsekwencje prawne dla Ciebie i Twojego biura w przyszłości.*

*Piszę, aby poinformować Cię o wielkoskalowych naruszeniach praw człowieka i systematycznych ataków fizycznych na Ludność cywilną we wszystkich krajach świata przy użyciu nowoczesnej broni elektromagnetycznej i Nerwowo-broni, często w połączeniu z implantami nie pochodzącymi od siebie i podawane w sposób ukryty Nanotechnologia. Co sprawia, że ta broń jest szczególnie groźna i niszcząca dla społeczeństw że działają ukrytą. Wykorzystując fakt, że fale elektromagnetyczne rozchodzą się bez zauważania Ludzi i mogą przeniknąć do murów, broń ta może zostać użyta do zniszczenia ludzkiego życia i Sprawców wykryć ucieczkę.....*

*Proszę, pomóż nam w zatrzymaniu tego militarnego holocaustu. Z poważaniem, Katarzyna Maluga*



## Umfragen und Studien

Äusserst zahlreich sind auch die Umfragen und Studien, an denen wir uns beteiligen sollten. Die letzte möchte ich Ihnen nicht vorenthalten: Dr. Jakub Samocho-wiec, Senior Researcher vom GDI (Gottlieb Duttweiler Institute), schrieb mir kürz-lich folgendes:

Ihre Expertise ist gefragt: Das Gottlieb Duttweiler Institut erstellt im Auftrag der Migros Medien, dem Medienhaus des grössten Detailhändlers der Schweiz, eine Studie zum Thema «Die Zukunft des Corporate Publishing». In dieser Studie gehen wir der Frage nach, wie die Medienwelt von morgen aussieht und wie Unternehmen mit ihren Kunden dann kommunizieren werden. Setzt sich Augmented Reality durch? Geht noch etwas ohne Facebook und Co.? Wird alles nur noch «Sponsored Content»?

Nehmen Sie an unserer ca. zehnminütigen Umfrage <https://www.gdi.ch/medie-numfrage> teil und erhalten Sie als Dankeschön die Resultate der Befragung. Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Teilnahme!

Sie haben richtig geraten: Ich machte an der Umfrage nicht mit.

## Wussten Sie, dass...

- alle Zuschriften, die uns von aussen direkt im Bundeshaus erreichen, durch den Sicherheitsdienst eingehend und zuverlässig geprüft werden?



- wir von den Medien immer wieder in Ratings klassiert werden? In den letzten Monaten war es in dieser Hinsicht allerdings verdächtig ruhig. Die letzte Beurteilung veröffentlichten die NZZ (1.12.2016, Seiten 16/17), und zwar beurteilten sie sämtliche 246 Mitglieder des eidgenössischen Parlaments auf dem sog. Links-Rechtsschema (also von -10 bis +10). Die fünf Zuger Politiker wurden wie folgt bewertet:

- NR Thomas Aeschi +9.9
- SR Joachim Eder +3.9
- NR Bruno Pezzatti +3.4
- NR Gerhard Pfister +1.8
- SR Peter Hegglin +1.8

Die beiden CVPLer sind also gemäss NZZ die «linksten» Zuger, ich persönlich stehe nach Thomas Aeschi am weitesten rechts, übrigens auch weiter rechts als alle FDP-NR (inkl. Petra Gössi) und Philipp Müller.

- ich am 8. Juni 2017 in den Stiftungsrat der Schweizerischen Stiftung für Klinische Krebsforschung gewählt wurde? Damit habe ich ein ehrenamtliches Mandat mehr. Dass ich mich vor allem in gesundheitspolitischen Bereichen engagiere, ist naheliegend. Übrigens: sämtliche Interessenbindungen von mir sind auf der Website des Parlaments aufgeführt.
- ich meine Voten, Artikel und auch den Newsletter in der Regel spätabends schreibe, und zwar bei Ländler- bzw. Volksmusik? Ich bin jedenfalls froh, dass es den Sender Musikwelle gibt.

Beste Grüsse aus dem Bundeshaus.  
Ihr



Unterägeri/Bern, 20. Juni 2017

*PS:*

*Sie finden auf meiner persönlichen Website [www.jeder.ch](http://www.jeder.ch) noch weitere Informationen und Bilder. Unter [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch) erhalten Sie zudem einen Überblick über meine Voten (neustens mit Video) und über meine Vorstösse (bei Suchfunktion Joachim Eder eingeben).*